

70 Jahre nach der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus

(Rede von Egon Krenz auf Veranstaltungen zum 8./9. Mai 2015)

Liebe Freunde,

kürzlich erhielt ich eine mich sehr bewegende E-Mail aus Russland.

Ein russischer Freund, mit dem zusammen ich vor 50 Jahren in

Moskau studiert hatte, schrieb mir:

„Wir haben den Krieg gewonnen und letztlich doch verloren. An unseren Grenzen steht die NATO. Fremde Truppen in der Nähe unserer Heimaterde, das sollte es nach den furchtbaren Erfahrungen des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 nie wieder geben. Dafür starben Millionen meiner Landsleute. Siebzig Jahre danach wird Russland von Deutschland wieder bestraft, nicht mit einem Überfall, aber mit einem Wirtschaftskrieg und mit übler Hetze gegen mein Heimatland.“

Soweit Gedanken und Gefühle eines Russen, der als junger Mann noch Kriegsteilnehmer war. Eine Einzelmeinung? Oder nur die Äußerung eines verbitterten alten Mannes? Keineswegs!

Die Russen haben aus ihrer Geschichte heraus ein gutes Gefühl dafür, wer ihrem Land Gutes will und wer es demütigt. Die USA, die offen den Beitrag Russlands als Sieger über den Hitlerfaschismus verkleinern und das Land als gleichberechtigten Faktor der Weltpolitik ausschalten wollen, stoßen auf Gegenwehr nicht nur bei Putin, sondern vor allem bei der Mehrheit der Bevölkerung. Viele Russen gehen davon aus, dass Deutschland an der Seite der USA steht, was seit Monaten zum erheblichen Prestigeverlust der deutschen Politik in Russland geführt hat. Das beeinflusst auch negativ die vermeintliche deutsche Vermittlerrolle im Konflikt mit der Ukraine, weil Deutschland einseitig Partei gegen Russland ergreift.

Wer sich hierzulande bemüht, über solche Zusammenhänge auch nur nachzudenken, für den wurden neue Wörter erfunden.

„Russlandverstehler“ oder „Putinverstehler“ heißen sie. Bestimmte Medien benutzen sie gar als Schimpfwort gegen Menschen, denen die antirussischen Ausfälle hierzulande missfallen und diese als „Russenphobie“ kritisieren.

Für mich ergibt sich aber die Frage: Kann eine deutsche Regierung überhaupt konstruktive Russlandpolitik machen, wenn sie sich nicht bemüht, das Land zu verstehen, sich in die Probleme Russlands hineinzudenken oder auch nur hinein zu fühlen? Das muss ja durchaus nicht bedeuten, alle russischen Entscheidungen zu akzeptieren. Doch sich *verstehen* ist notwendig, um überhaupt zusammen leben zu können.

Wer sich weigert, die Politik seines Nachbarn zu *verstehen*, der wird keinen freundschaftlichen Zugang zu ihm finden können. Dies ist letztlich zum Nachteil Deutschlands. Jede verpasste Chance in den Beziehungen zu Russland, ist immer auch eine vertane Zukunftschance für Deutschland. Deutschland hat eine sichere Zukunft nur mit und nicht gegen Russland. Das wusste schon der Eiserne Kanzler Bismarck.

Wenn Regierende heutzutage über die Beziehungen Deutschland zu Russland sprechen, halten sie es nicht einmal für erwähnenswert, dass es mehr als 40 Jahre lang eine enge Gemeinschaft UdSSR/DDR gab, die auch bei notwendiger differenzierter Betrachtung viel Gutes für

uns Deutsche brachte. DDR Bürger haben einen enormen Anteil daran, dass sich in der Nachkriegszeit das Bild vom verbrecherischen Deutschen, der das Sowjetland verwüstet hatte, von Grund auf veränderte. Aus Gegnern wurden Freunde. Das ist auf deutscher Seite in erster Linie das Verdienst der DDR. Wenn bei Umfragen Ostdeutsche heutzutage oft ein anderes Russlandbild haben als Menschen, die im Westen groß geworden sind, dann hängt das mit der DDR zusammen. Hier wurde die Antisowjethetze bekämpft. In Ostdeutschland wurde schon gleich nach dem Krieg damit begonnen, Wahrheiten über die Russen zu verbreiten, während sich in Westdeutschland oft das von den Nazis verbreitete Bild vom „bösen Russen“ hielt.

Für einen Russen ist es nach all dem heute schwer zu verstehen, dass die deutsche Verteidigungsministerin so kurz vor dem „Tag des Sieges“ ins Baltikum fährt, um die „deutsche Speerspitze“ einer Eingreiftruppe zu bekräftigen. Abgesehen vom Inhalt, fehlt bei solchen Aktionen jedes Einfühlungsvermögen in die deutsch-russische Geschichte und auch in die russische Mentalität.

Ich gestehe, mich hat die oben erwähnte E-Mail aus Moskau sehr betroffen gemacht. Sie hat auch bei mir Emotionen frei gesetzt.

Unwillkürlich erinnerte ich mich an mein Treffen mit Gorbatschow am 1. November 1989. Ich hatte ihn damals daran erinnert, dass die DDR im Ergebnis des Sieges der UdSSR im Zweiten Weltkrieg und des folgenden Kalten Krieges entstanden war. Also auch ein Kind der Sowjetunion war. Ich fragte ihn, ob die Sowjetunion angesichts der Situation im Herbst 1989 weiterhin zu ihrer Vaterschaft stünde.

Er erklärte mir, dass es daran keinen Zweifel gebe. Und er sagte auch warum: Solange nämlich NATO und Warschauer Vertrag bestünden, solange werde es keine deutsche Einheit geben. Der einzige Grund für ihn, so Gorbatschow damals, über die deutsche Einheit nachzudenken, wäre die gleichzeitige **Auflösung der beiden sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcke**. Das aber, so der sowjetische Präsident, könne sich kein ernsthafter Politiker in der Welt vorstellen, weder in den USA, noch in Frankreich, Großbritannien oder sonst wo.

Das war – wie gesagt – noch am 1. November 1989!

Bald änderte Gorbatschow seine Meinung. Schon Anfang Dezember 1989 erklärte er gegenüber dem amerikanischen Präsidenten bei stürmischer See auf Malta den Kalten Krieg **einseitig** für beendet.

Ziemlich vertrauensselig wunderte er sich darüber, dass Bush sen. es ihm nicht gleich tat, sondern die USA zum Sieger im Kalten Krieg ausrief, während er, Gorbatschow, naiv dafür warb, dass es keine „Sieger und Besiegte“ des Kalten Krieges, sondern nur „Gewinner“ gebe.

Gorbatschow ließ sich von den USA über den Tisch ziehen, gestand der NATO ihre weitere Existenz trotz Auflösung des Warschauer Vertrages zu und machte hinter dem Rücken der DDR-Führung den Weg zur deutschen Einheit frei, ohne dafür vertraglich bindend politische Gegenleistungen zu fordern.

Das Ergebnis: Das Territorium der Warschauer Militärkoalition, das einst die Sowjetarmee befreit hatte, wurde innerhalb kurzer Zeit nicht blockfrei, sondern dem Militärbündnis des politischen Gegners zugeschlagen.

Gorbatschow gab sich leichtgläubig mit einer mündlichen Versicherung zufrieden, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen würde. Zwar bestreiten einige Politiker nachträglich, dass es je eine solche Zusicherung gegeben habe. Doch die Archive sprechen eine andere Sprache. Der damalige NATO-Generalsekretär Wörner hatte am 17. Mai 1990 öffentlich bekannt gegeben: „Schon der Fakt, dass wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte **nicht** hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“

Das war – wie gesagt - im Mai 1990. Da gab es die DDR noch. Das heißt: Die Sicherheitsgarantie der NATO lautete eigentlich sogar: Östlich von Elbe und Werra, also den damaligen Ostgrenzen der BRD, sollten keine NATO-Truppen stationiert werden. Das bedeutet: Auch auf dem Territorium der DDR nicht!

Dass Monate nach dieser Erklärung die UdSSR zerschlagen wurde, kann nicht als Vorwand dafür gelten, die gemachten Zusagen der NATO nicht einzuhalten. Bekanntlich ist die Sowjetunion nicht durch Volkes Willen aufgelöst worden. Nicht durch einen Volksaufstand.

Eine Volksbefragung hatte dagegen ergeben, dass die Mehrheit der Sowjetbürger für den Erhalt der Union war.

Die Sowjetunion wurde von Teilen der sowjetischen Elite **von oben** zerschlagen. Das hat Gorbatschow und Jelzin die Sympathie des Westens gesichert. Mit dem ständig alkoholisierten Jelzin hatten die USA und ihre Verbündeten zudem ein leichtes politisches Spiel. In den Vorzimmern der Macht saßen US-amerikanische Berater.

Damit und mit der Verschleuderung des russischen Volksvermögens an US-amerikanische und internationale Konzerne wie es der Oligarch Chodorkowski betrieb, hat Putin Schluss gemacht. Er stellt wieder russische Interessen in den Vordergrund. Das bringt ihm im eigenen Lande hohe Sympathiewerte. Damit hat er aber auch den Haß jener Kräfte auf sich gezogen, die Russland als gleichberechtigten Teilnehmer an der Lösung internationaler Probleme ausschalten wollen und das Land lediglich - wie es Obama frank, frei und arrogant verkündete - nur als "Regionalmacht" betrachten. Ziel ist es, in Russland ein dem Westen zugewandtes Regime zu installieren.

Nichts lieber hätten diese Leute als einen Maidan auch auf dem Roten Platz in Moskau.

An diesem Punkt muss angesetzt werden, wenn es um die Ursachen der Konflikte in der Welt geht. Vieles, was heute in der Welt durcheinandergeraten ist, die Konflikte im Irak, in Syrien, in Libyen, im Jemen, aber auch in der Ukraine, hängen mit den Jahren 1989 bis 1991 zusammen als die Sowjetunion zerschlagen wurde. Die UdSSR war bis dahin eine Barriere gegen die Weltmachtambitionen der USA. Undenkbar, dass es bei ihrer Existenz einen so breiten Gürtel von Bürgerkriegszonen gegeben hätte, wie wir sie jetzt im Nahen und Mittleren Osten erleben, wo der Westen unter der Losung des "Sturzes von Diktatoren" und der Menschenrechte im Prinzip Bürgerkriege erst möglich gemacht hat. Ohne die Sowjetunion fehlt jedes Korrektiv. Den USA ging es 1989 nur zweitrangig um die deutsche Einheit, viel wichtiger war für sie, dass Russland seine Streitkräfte aus Mitteleuropa abzog und sie sich selbst hier festsetzten und ihre Atomwaffen weiter stationieren konnten. Nicht die Rückkehr der altrussischen Krim in die Russische Föderation ist die Ursache dafür, dass Russland und sein Präsident vom Westen verteufelt werden.

Es gibt Beispiele genug, wie das lange vor der dem Staatsstreich in der Ukraine entstand. Ich erinnere auch an die antirussische Propaganda im Zusammenhang mit den olympischen Winterspielen in Sotschi. Geschichtsinteressierten dürfte noch gut bekannt sein, dass einst die Nazis Vorurteile, Feindschaften und Hass gegen die Sowjetunion schürten, um die Deutschen für einen Krieg reif zu machen. Was ja auch gelang. Allein dieser geschichtliche Umstand sollte daran erinnern, dass Russenphobie kein Ersatz für konstruktive Politik sein kann.

Russlands Abwehr der Osterweiterung der NATO kommt ja nicht wie Phönix aus der Asche. Putin hat den Westen rechtzeitig gewarnt, den Bogen nicht zu überspannen. Vor dem Deutschen Bundestag sagte er schon im September 2001, als an den Staatsstreich in der Ukraine noch nicht zu denken war, in einwadfreiem Deutsch, also für jeden verständlich :

„Wir haben immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen... Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung. Wir können uns immer noch nicht

über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem einigen.... Die Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung von Beschlüssen mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen... Wir sollten uns fragen, ob das normal ist, ob das eine echte Partnerschaft ist? ... “ Und weiter: „ ...wir (haben) uns bis jetzt noch nicht von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit ... “.

Das war vor fast 14 Jahren!

Auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007 wurde er noch deutlicher:

„Nebenbei gesagt, lehrt man uns - Russland – ständig Demokratie. Nur die, die uns lehren, haben selbst, aus irgendeinem Grund, keine rechte Lust zu lernen ...” Man darf”, forderte er, “ die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen ... Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung

*der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein **provozierender Faktor**, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben?”*

Soweit Auszüge aus bekannten Reden, an die in Deutschland kaum noch erinnert wird. Die USA und die NATO sind auf Russlands Bedenken nie eingegangen.

Dagegen ist oft von den “Ängsten der Polen und Balten” vor den Russen die Rede, obwohl es dafür keine ernsthaften Gründe gibt. Putin hat das mehrfach gesagt.

Die Ängste der Russen dagegen spielen in der politischen Öffentlichkeit keine Rolle, obwohl sie durch die Politik der USA und der NATO angeheizt werden:

Ende Februar zum Beispiel stellte sich im estnischen Narva ein US-Panzer mit Sternenbanner am Grenzübergang zu Russland auf. Bei einem solchem Bild erinnere ich mich an den 27. Oktober 1961, als

sowjetische und amerikanische Panzer sich in Berlin gefechtsbereit gegenüber standen und die Welt von einem Dritten Weltkrieg nur durch einen weißen Grenzstrich in der Berliner Friedrichsstraße getrennt war, wie Chruschtschow das damals ausdrückte.

Im März dieses Jahres fanden sich 3.000 NATO-Soldaten mit 750 Panzern und schwerem Gerät zu Manövern im Baltikum ein. NATO-Marine-Schiffe probten im Schwarzen Meer. Stützpunkte an Russlands Grenzen werden erweitert und neue Militär-Strukturen dort geschaffen. Die von den USA dominierte NATO agiert mit zunehmender Aggressivität.

Das verschärft die Lage! Macht Angst vor einem Krieg. Da frage ich einfach mal: Wie würden wohl die USA reagieren, würde Russland beispielsweise gleiches in Venezuela oder auf Kuba tun? Zu dieser Vorstellung brauchen wir ja nicht einmal viel Phantasie. Es gibt ja ein historisches Beispiel aus dem Jahre 1962, als die Menschheit kurz vor einem von den USA angedrohten Atomkrieg stand.

Nein, liebe Freunde, die Zukunftsvision eines friedliebenden Europa zerschellte nicht in der Ostukraine, auch nicht auf der Krim. Sie

zerbrach schon in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als NATO - Staaten Jugoslawien bombardierten. Sie machten damit aus dem Kalten einen heißen Krieg. Erstmals seit 1945. Und das mitten in Europa.

Russland und Putin werden hierulande politisch instrumentalisiert, um deutsche Verantwortung in der Welt militärisch zu begründen, die Aufrüstung der NATO- Staaten zu rechtfertigen und mehr Geld für die Aufrüstung zu bekommen. Dazu wird suggeriert, Putin wolle die Sowjetunion wieder herstellen. Was für ein Quatsch! Putin ist Oligarch und weit davon entfernt, Sozialist oder Kommunist zu sein. Sicher weiß auch er, dass es für die Wiederherstellung der UdSSR gar keine politischen Voraussetzungen gibt. Mir geht es auch nicht um seine Ideologie, wohl aber um die Rolle seines Landes, das aus vielerlei Gründen einen gleichberechtigten und sicheren Platz in der Völkerfamilie verdient hat.

Ich gehöre zu jenen Deutschen, die der Meinung sind, dass die Nichtteilnahme der Bundeskanzlerin an der Militärparade anlässlich des „Tages des Sieges“ in Moskau ein politischer wie moralischer, vor

allem aber ein strategischer Fehler ist. Sie hat dem Druck der USA nachgegeben, die die Russische Föderation als „Regionalmacht“ demütigen wollen. Dazu ein kurzer Blick in die Geschichte: Als Hitlers Krieg gegen die UdSSR begann, sagte US-Senator Truman, der spätere US-Präsident:

"Wenn wir sehen, dass Deutschland siegt, sollten wir Russland helfen, und wenn wir sehen, dass Russland siegt, sollten wir Deutschland helfen ..."

Das ist genau jenes Muster, das kürzlich George Friedmann, Chef eines zwar privaten, aber weltbekannten US-amerikanischen Instituts für Strategische Studien, in aller Offenheit für die Politik der USA seit über 100 Jahren eingestanden hat.

Er bekannte: Den USA sei es immer darum gegangen, eine Allianz zwischen Russland und Deutschland zu verhindern. Sie berge nämlich das gefährlichste Potential in sich, denn eine solche würde eine Verbindung zwischen deutscher Technologie und deutschem Kapital und russischen natürlichen und menschlichen Ressourcen nach sich ziehen. Das heißt: Deutschland und Russland sollen gegeneinander

aufgehetzt werden, damit beide Länder geschwächt werden und die USA die siegreichen Dritten sind. Das ist eine verblüffende Offenheit. Sie ist zwar zynisch, aber leider wahr.

Wer meiner Interpretation des Auftritts von George Friedmann misstraut, kann sich jederzeit ein entsprechendes Video im Internet ansehen. Er wird dies bestätigt finden.

Dass die Kanzlerin trotz des Drucks aus den USA am 10. Mai am „Grabmal des Unbekannten Soldaten“ in Moskau einen Kranz niederlegen will, hat emotional wohl viel mit ihrem ersten Leben in der DDR zu tun. Hier wurde der 8. Mai schon kurz nach Gründung der DDR als „Tag der Befreiung“ begangen. Hier gehörte es zum politischen Alltag, die Befreier Deutschlands zu würdigen. Die aus der UdSSR und die ihrer Alliierten.

Frau Merkel lässt aber außer Acht, dass das Sicherheitsbedürfnis Russlands gerade auch aus einem Datum deutscher Geschichte resultiert. Dies ist der 22. Juni 1941, als Nazideutschland wortbrüchig die UdSSR überfiel. Wer mit dieser geschichtlichen Schuld belastet ist, darf weder „Strafaktionen“ noch „NATO Sperrspitzen“ gegen

Russland unterstützen. Vielmehr müssen alle Gelegenheiten genutzt werden, die Russland und Deutschland näher bringen.

Zu Beginn dieses Jubiläumjahres gab Bundespräsident Gauck im Januar der DPA ein Interview. Darin behauptet er:

„Anders als noch vor drei Jahrzehnten ist es heute in Deutschland anerkannt, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war“.

Herr Gauck macht damit den Eindruck, als wäre er schon damals Bundesbürger gewesen. Die DDR zählt er inzwischen gar nicht mehr zu Deutschland. Als gewesener DDR-Bürger müsste er doch wenigstens wissen, dass in der DDR 1985 der 8. Mai schon zum 40. Male begangen worden war. Er war Gedenktag und von 1950 bis 1966 und erneut 1985 sogar gesetzlicher arbeitsfreier Feiertag.

Der 8. Mai markiert nicht – wie das heute fälschlicherweise heißt - das Weltkriegsende. Der Weltkrieg war erst am 2. September 1945 zu Ende, nachdem auch Japan kapituliert hatte. Zuvor hatten die USA dort noch zwei Atombomben eingesetzt.

Der 8. Mai markiert vielmehr, dass Deutschland eine 4-fache Befreiung erlebte, auch wenn das damals sehr vielen Deutschen nicht bewusst war:

Deutschland wurde befreit von der Herrschaft des Faschismus.

Es wurde befreit von dem Zwang, sich weiterhin dessen Rassenwahn zu unterwerfen.

Es wurde befreit von dem Zwang, weiter dessen Eroberungsdrang zu folgen, und

es wurde befreit von dem Zwang, sich weiter an Kriegsverbrechen und Völkermord zu beteiligen.

Es ist richtig: In der alten Bundesrepublik sprach Altbundespräsident von Weizsäcker 1985 in seiner Gedenkrede vor dem Deutschen Bundestag zwar auch vom „Tag der Befreiung“. Doch im Unterschied zur DDR: Zum ersten Mal seit 40 Jahren! Dennoch: Ein gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber ist doch bis heute nicht gefunden worden.

Wie sonst kommt der Bundespräsident dazu, in dem genannten Interview folgendes zu behaupten: *„Woran allerdings nicht jeder Westdeutsche sofort denkt: dass dieser Tag der Befreiung für einen Teil der Deutschen, nämlich die Ostdeutschen, **eine Befreiung zu neuer Unfreiheit war**“*.

Eigentlich bedarf eine solche geschichtsfremde Äußerung, die dazu der Überzeugung sehr vieler Ostdeutscher widerspricht, keines Kommentars, stünde dahinter nicht der Versuch, die Geschichte des 20. Jahrhunderts umschreiben zu wollen.

Wie komme ich zu einer solchen Meinung?

Im Juni 2013 hielt Herr Gauck vor dem „Deutsch-russischen Forum“ in Potsdam eine Rede, über die eine Zeitung titelte¹: „Gauck rät Russland zur Aufarbeitung“

Gut, dachte ich, eigenartig zwar, dass ausgerechnet ein deutsches Staatsoberhaupt den Drang verspürt, Russland zu erklären, wie es mit seiner Geschichte umzugehen hat. Den Russen zu sagen,

¹ Vergleiche „Badische Zeitung“ 4. Juni 2013.

was gut und was schlecht für ihr Land ist. Eine gewisse Zurückhaltung, so meine Meinung, wäre angesichts unserer belasteten Geschichte für deutsche Politiker angebracht. Das bedeutet keineswegs, dass ich von einer allgemeinen „deutschen Kollektivschuld“ spreche, die auch nachgeborene Generationen für deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg verantwortlich macht. Nein, das tue ich nicht.

Aber Politiker haben die Verantwortung, sensibel mit geschichtlichen Tatsachen umzugehen. Und zu diesen Tatsachen zählt, dass von den über 50 bis 60 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges nach neuesten Zahlen allein 28 Millionen Sowjetmenschen waren, darunter die Mehrheit Russen.

Sollte nicht allein dies für Deutschland Anlass sein, einen ähnlich behutsamen Umgang mit Russland zu pflegen wie die Bundesrepublik es beispielsweise mit Israel macht?

Nun gut, dachte ich, Herr Gauck sieht das anders. Er hielt ja im vergangenen Jahr zum 75. Jahrestag des Kriegsbeginns in Polen auch

eine stark antirussische Rede, in der er es nicht für notwendig hielt, auf die russischen Opfer des Krieges hinzuweisen.

Also schauen wir mal, was Russland nach seiner Meinung denn überhaupt **aufarbeiten** soll?

Und da lese ich:

„Nur, wer seine Schuld eingesteht, kann seine Vergangenheit aufarbeiten“. Soweit so gut. Ziemlich allgemein, meine ich. Doch Herr Gauck überträgt diese von ihm formulierte Norm auch auf die deutsch-russische Geschichte.

Und er macht es ziemlich autoritär. "Sie haben Pech, aber ich betrachte mich als Fachmann auf diesem Gebiet", so stellte er sich den russischen Teilnehmern der 15. Potsdamer Begegnungen vor.

Und dann kommt der folgende Gedanke des Herrn Gauck:

- In Deutschland und Russland habe es schreckliche Diktaturen gegeben. Eine selbstkritische Geschichtsschreibung habe Deutschland jedoch geholfen, die Fehler der Vergangenheit

aufzuarbeiten. Das Land habe erst zu sich und später zu anderen gefunden, als es sich seine Kriegsverbrechen eingestand.

Mit Blick auf Russland formulierte er dann:

Trauere eine Nation jedoch ihrem vergangenen imperialen Mythos nach und selektiere ihr historisches Wissen, erschwere sie sich den Weg in eine zivile Gesellschaft.

Wie anders soll man das verstehen als einen Hinweis darauf, dass nun auch Russland Reue zeigen müsse?

Offensichtlich geht es dem Bundespräsidenten um die Schuldfrage am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Ein Streit um die Geschichte ist ja immer auch ein Streit um die Gegenwart. Die Umdeutung der Geschichte ist inzwischen mit einer Neuverteilung der Schuld verbunden.

Herr Gauck gehört ja zu den Erst-Unterzeichnern der sogenannten Prager Erklärung vom 3. Juni 2008, die dazu auffordert, den 23.

August, also den Tag der Unterzeichnung des sogenannten „Hitler-Stalin-Paktes“ als europäischen Gedenktag zu begehen. Das heißt: Es

wird relativiert. Man will zwei Schuldige am Krieg haben: Hitler und Stalin. Nicht Deutschland allein, sondern im Bunde mit der Sowjetunion! Seit langem ist zu beobachten, dass auch in Deutschland Politiker, Historiker und Medien, die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts „antisowjetisch“ und „antirussisch“ interpretieren.

Demzufolge formulierte auch der Präsident des Deutschen Bundestages, Lammert, aus Anlass des 75. Jahrestages des Kriegsbeginns am 10. September vergangenen Jahres folgendes:

„ Dem deutschen Überfall war ein diplomatisches Schurkenstück vorausgegangen, ... ein Angriffspakt zweier ideologischer Antipoden“, ... die sich „darauf verständigt hatten, Mitteleuropa mit imperialer Brutalität in Einflussphären untereinander aufzuteilen.“²

Man muss wirklich kein Stalinverteidiger sein, um auf die historische Tatsache hinzuweisen, dass Hitler seine Kriegsziele schon Jahre vor dem angeblichen „Schurkenstück“ festgelegt hatte. Dieses „Schurkenstück“ heißt übrigens historisch korrekt nicht „Hitler-Stalin-Pakt“, sondern **„Nichtangriffsvertrag zwischen dem**

² Zitiert nach Redetext des Bundestagspräsidenten in der Sitzung des Parlaments vom 10. September 2014.

Großdeutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“.

Man mag viele Argumente gegen den Vertrag vorbringen können. Auch viele deutsche Kommunisten waren damals und auch später irritiert, dass die Sowjetunion einen Vertrag mit Hitler-Deutschland abgeschlossen hatte und dass dazu auch noch eine Geheimabkommen gehörte.

Doch, daraus zu schließen, auch die Sowjetunion sei schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, geht an den Realitäten vorbei. Bei allem Zweifel an dem deutsch-sowjetischen Vertrag darf niemals vergessen werden: Hitler plante und führte den Krieg von Anfang an als einen **Vernichtungskrieg** gegen die Sowjetunion. Schon in seinem Buch „Mein Kampf“ hatte er die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ verkündet. Er wollte einen Krieg gegen den „jüdischen Bolschewismus“, was sein Synonym für Sowjetunion war.

Dass die sowjetische Führung angesichts dieser Pläne alle Versuche unternahm, diesen Krieg so weit wie möglich hinauszuschieben und

dabei in erster Linie an ihre eigenen Bürger und an ihre eigene Sicherheit dachte, ist ihr ja wohl nicht zu verdenken.

Fragen wir einen Zeitzeugen, der über die Rolle der UdSSR in der Vorkriegszeit besser Bescheid weiß als ideologische Geschichtsdeuter. Ich meine den konservativen britischen Premierminister Winston S. Churchill.

Er hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Der Zweite Weltkrieg“³, wofür er 1953 sogar den Nobelpreis für Literatur erhielt. Darin analysiert er auch das Streben Russlands nach einer Europäischen Sicherheit, die Inaktivität des Westens in dieser Frage und sowjetischen Vorschläge für die Verteidigung der durch das Münchener Abkommen bedrohten Tschechoslowakei.

Churchill kommt zu dem bemerkenswerten Schluss:

„Das Angebot Russlands wurde einfach übergangen. Man warf die Macht der Sowjets nicht in die Waagschale gegen Hitler und behandelte die Russen mit einer Gleichgültigkeit - um nicht zu sagen

³ Winston S. Churchill: „Der Zweite Weltkrieg“, Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre, Bern – München-Wien. (1948), Sonderausgabe 1995.

Verachtung – die in Stalins Einstellung ihre Spuren zurückließ...

Dafür mussten wir später teuer bezahlen.“

Und an anderer Stelle notiert der Mann, der zu den Großen Drei des Gipfels von Jalta zählt, Folgendes:

„ Am 16. April (1939) machte sie (gemeint ist die Sowjetunion) dennoch ein formales Angebot.... für die Schaffung einer gemeinsamen Front zu gegenseitiger Hilfeleistung zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR. Die drei Mächte, wenn möglich mit Teilnahme Polens, sollten außerdem die Grenzen derjenigen Staaten in Mittel- und Osteuropa garantieren, die von der deutschen Aggression bedroht waren.“

Nachdem das alles durch Schuld des Westens nicht funktionierte, kam Churchill zu der Schlussfolgerung:

„ Russland musste für seine Sicherheit sorgen“.

Der Abschluss des Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie die territorialen Entscheidungen der Sowjetunion

nannte Churchill für die Sowjetunion „lebenswichtig“, jedenfalls auch im „höchsten Maße realistisch.“

Wenn man diese Fakten kennt, kann man nur zu dem Urteil kommen: Die nachträgliche Beurteilung des Verhaltens der Sowjetunion in der Vorkriegszeit ist der Versuch, eine neue Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu schreiben. Vor allem aber, deutsche Schuld zu relativieren, so wie das auch schon mit dem Ersten Weltkrieg war, der kaum noch als imperialistischer Krieg bezeichnet wird, sondern in den man „traumwandelnd“ hineingezogen wurde.

Ist es angesichts solcher Bewertungen verwunderlich, dass das offizielle Deutschland nicht widersprach, als der ukrainische Ministerpräsident Jazenjuk kürzlich im Ersten Programm des öffentlich – rechtlichen Fernsehens Deutschlands den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion als Okkupation bewerte?

Er behauptete gar, die russische Armee sei damals als Okkupant „in die Ukraine und nach Deutschland einmarschiert.“ Solche Geschichtsverfälschungen sollen die Russische Föderation als Siegermacht diskreditieren. Dementsprechend wird auch der Sieg über

den Faschismus relativiert, weil angeblich die „richtige“ Befreiung nicht 1945, sondern erst 1991 mit dem Untergang der UdSSR erfolgte. Demzufolge ist auch klar, warum für bestimmte Kreise in Deutschland der 9. November 1989 wichtiger ist als der 8. Mai 1945.

In Vorbereitung auf diese Veranstaltung fand ich einen interessanten historischen Text, der auch das Lieblingsthema von Herrn Gauck „Schuld und Sühne“ behandelt. Er stammt vom 11. Juni 1945. In der Ostzone und später in der DDR war er das Fundament unserer antifaschistischen Politik sowie der Bildung und Erziehung. Da Originaltexte immer überzeugender sind als verschwommene Kommentare, noch dazu nachträgliche, möchte ich ein Zitat einführen, selbst auf die Gefahr hin, dass dieses manchen von Euch zu lang erscheint. Aber leider sind heutzutage solche historischen Dokumente, vor allem, wenn sie aus kommunistischer Quelle kommen, nur schwer zugänglich. Auch wenn Wortwahl und Ausdrucksweise nicht mehr unbedingt dem heutigen Sprachgefühl entsprechen, sagt der Text viel Grundsätzliches darüber aus, warum die DDR ein antifaschistischer Staat wurde.

Es handelt sich um den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, also gut vier Wochen nach der deutschen Kapitulation, in dem es auszugsweise heißt:

„Die Schuld und Verantwortung (am Krieg) tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher.... Es sind die Hitler und Göring, die Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp ... und Siemens. ... Der Sinn ihres Krieges waren nicht Ideale; sie kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, um den Reichtum der Welt. ...! Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten! Das Hitlerregime hat mit seiner Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung ... unser Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Ausradierung englischer Städte. Das größte Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat. ... Und ungeheuerlich sind die Gräueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen. Die Welt ist erschüttert ... angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde. Wäre gleiches mit gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. ...

Umso mehr muss in jedem deutschen Menschen das Bewusstsein und die Scham brennen, dass das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt. Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten,

obwohl wir Kommunisten warnten: "Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!" Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenslos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riss, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ. Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die "Größe Deutschlands" sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten. Unser Unglück war, dass Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, dass das Gift der tierischen Rassenlehre, des "Kampfes um Lebensraum" den Organismus des Volkes verseuchen konnte. .. So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber. ...Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen... können....

Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die

*antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz
entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die
Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf
führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk
geschichtlich versagte. Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach
und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute,
am Ende des "Dritten Reiches", wird uns auch der
sozialdemokratische Arbeiter Recht geben, dass sich die faschistische
Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die
Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht
der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die
Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die
Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete
und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des
Volkes lähmte. Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler
von 1918! Schluss mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei
Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion. Nie wieder
Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese
Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!*

...Werde sich jeder Deutsche bewusst, dass der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!“

Soweit, liebe Anwesende, ein Auszug aus einem Dokument, das 70 Jahre alt ist. Es zeigt den antifaschistischen Geist, der uns heutzutage abgesprochen und als Mythos diskreditiert wird. Ich stelle deshalb diesen Text einer Passage aus der Rede des Bundespräsidenten zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz entgegen.

Er sagte dort: „Der staatliche Antifaschismus der DDR diene allerdings auch als Ersatz für fehlende demokratische Legitimation. Und indem er die Gesellschaft pauschal von der rechtlichen und moralischen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen freisprach, beförderte auch er das Verdrängen von Versagen und Schuld, gerade auch des sogenannten "kleinen Mannes" Er ersparte ihm die Selbstreflexion und ermöglichte dem Belasteten und teilweise sogar noch dem Schuldigen, sich auf die Seite der Guten zu schlagen, zu den antifaschistischen Siegern. Das Gedenken galt

zudem fast nur den Widerstandskämpfern. An die jüdischen Opfer, die aus Gründen der Rassenideologie ausgelöscht worden waren, erinnern die Gedenkstätten im Osten Deutschlands angemessen erst seit dem Untergang der DDR“.

Prüfen wir gemeinsam den Wahrheitsgehalt des Textes aus der Rede des Bundespräsidenten:

Er meint, der staatliche Antifaschismus der DDR sei Ersatz für fehlende demokratische Legitimation.

Da fällt mir zu erst ein, dass 1949 in der ersten Adenauerregierung mehr NSDAP-Mitglieder saßen als in der ersten Hitler-Regierung 1933. Und da frage ich mich schon: Wessen Legitimation moralisch und politisch höher zu bewerten ist, die der ehemaligen Nazis, die so zahlreich unter Abgeordneten des ersten Deutschen Bundestages und der ersten Bundesregierung saßen? ODER aber derjenigen, die gegen Hitler gekämpft und unter ihnen gelitten hatten? Allein von den rund 300 000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, wurden etwa 150 000 von den Nazis verfolgt, eingekerkert oder in

Konzentrationslager verschleppt. Zehntausende Mitglieder der Partei wurden ermordet⁴. Von den 519 Delegierten des ersten Nachkriegsparteitages der KPD, waren 3 Genossen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 141 Teilnehmer hatten zusammen 831 Jahre Zuchthaus, 64 Delegierte hatten 132 Jahre Gefängnis abgesessen, 215 Delegierte waren zusammen 637 Jahre in Konzentrationslagern⁵.

Der Antifaschismus soll nach Herrn Gauck die Gesellschaft pauschal von der rechtlichen und moralischen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen freisprechen haben? Soll so das Verdrängen von Versagen und Schuld des sogenannten "kleinen Mannes" gefördert haben?

Wie sollten denn Schuld und Versagen überhaupt verdrängt werden können? Hätte die DDR denn allein die große Last der Reparationen tragen können, wenn sich ihre Bürger nicht der Schuld bewusst gewesen wären, die Deutschland mit dem Krieg auf sich geladen

⁴ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 5, S. 436..

⁵ G. Benser: Die Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/46). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4/1997, S. 33.

hatte? Vielleicht denkt der Bundespräsident einmal darüber nach, was es für die DDR bedeutete, dass ganz Deutschland den Krieg verloren hatte, aber die DDR allein dafür zahlen musste. Die Sowjetunion konnte wegen der ungeheuren Zerstörung ihres Landes auf Wiedergutmachung nicht verzichten. Die DDR-Reparationsleistungen an die Sowjetunion und an Polen waren 25-mal höher als die Reparationen der alten Bundesrepublik. Auf pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet zahlte jeder DDR-Bürger 16 124 DM für Reparationen, während auf einen Bundesbürger gerade mal 126 DM kamen. Die DDR-Bürger zahlten mit Würde, Entbehrungen und in Kenntnis der Zerstörungen, die die deutsche Wehrmacht vor allem in Polen und der Sowjetunion angerichtet hatte.

Das wäre undenkbar gewesen, hätte die DDR auch nur im Ansatz die Naziverbrechen verdrängt.

Und noch eins: Die DDR hat dem vereinten Deutschland keine unbezahlten Reparationsleistungen hinterlassen – wie beispielsweise die alte BRD gegenüber Griechenland!

Wenn ich höre oder lese, wie deutsche Amtsträger, selbst Minister, gegenwärtig über griechische Erinnerungen an die Verbrechen der Nazis reden, dann komme ich zu dem einzig möglichen Schluss: Das ist deutsche Kraftmeierei ohne jede Demut, ohne das man peinlich berührt ist, dass die griechischen Opfer nach so vielen Jahren auf sich aufmerksam machen müssen.

War es nicht auch die Anerkennung deutscher Schuld, dass die DDR schon 1950 durch das Görlitzer Abkommen die Oder-Neiße-Grenze als endgültige deutsche Ostgrenze anerkannt hat? Die Bundesrepublik musste dazu erst 1990 durch die vier Siegermächte gezwungen werden. Ohne diese Anerkennung hätte es nämlich keine deutsche Einheit gegeben.

Der Antifaschismus soll nach Herrn Gauck dem „kleinen Mann“ die kritische Selbstreflexion erspart haben und dem Belasteten und Schuldigen sogar noch ermöglicht haben, sich auf die Seite der Guten zu schlagen, zu den antifaschistischen Siegern?

Abgesehen davon, dass in der DDR die Teilung der Gesellschaft in „kleiner Mann“ und „großer Mann“ nicht üblich war, unterschied die

DDR genau zwischen den Nazi- und Kriegsverbrechern einerseits, die ohne pardon bestraft wurden, und den sogenannten „Mitläufern“, die nach Gründung der DDR eine Chance zur Wiedereingliederung erhielten, andererseits. Unmöglich aber war in der DDR, dass Nazirichter Recht sprechen oder Nazilehrer in den Schulen unterrichten durften. Weiß denn Herr Gauck wirklich nicht, dass die Zahl der verurteilten Nazitäter in der DDR doppelt so hoch war wie in der BRD, obwohl dort mehr als dreifach so viele Menschen lebten? Ist ihm wirklich nicht bekannt, dass Adenauer schon seine erste Regierungserklärung am 20. September 1949 nutzte, um zu erklären: „Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und viel Unheil angerichtet worden.“⁶ 1950 fügte er noch hinzu: Es müsse endlich Schluss sein mit der ganzen „Naziriecherei“. Im April 1951 kam dann das sogenannte „131er Gesetz“, das die Wiedereinsetzung ehemaliger Nazijuristen und Nazibeamten gesetzlich bestimmte. Das alles gab es tatsächlich in der DDR nicht.

Und weiter von Herrn Gauck: Das Gedenken soll fast nur den Widerstandskämpfern gegolten haben. An die jüdischen Opfer, die aus

⁶ Vergleiche: 1. Deutscher Bundestag, Stenografisches Protokoll, 20. September 1949, S. 22-30.

Gründen der Rassenideologie ausgelöscht worden waren, sollen wir weniger erinnert haben?

Ja, es stimmt. In der DDR wurden die Widerstandskämpfer hoch geehrt. Die aus dem Bürgertum wie Hans und Sophie Scholl, die Militärs vom 22. Juli 1944, die jüdischen und die kommunistischen. Heutzutage wird dagegen der kommunistische Widerstand klein geredet. Thälmann-Denkmäler werden entsorgt, aber der Stegbügelhalter Hitlers, Herr von Hindenburg, bleibt im Ehrenbürgerbuch der Hauptstadt Berlin unangetastet.

Für die DDR war der antifaschistische Widerstandskampf ein Teil – sicher ein bescheidener, aber dennoch ein Teil der Anti-Hitler-Koalition.

Vielleicht sollte Herr Gauck einmal das Buch „Die erste Reihe“ des deutsch-jüdischen Schriftstellers Stephan Hermlin zur Hand nehmen, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Mir schenkte ein Freund diese einzigartige Darstellung des antifaschistischen Widerstandes junger Deutscher zu meinem 14. Geburtstag. Es hat mich in meiner antifaschistischen Grundhaltung stark beeinflusst.

Es ist unwahr, dass wir die jüdischen Opfer von der Ehrung ausgeschlossen hätten. Ich habe die DDR-Wirklichkeit anders erlebt. Schon 1947 beeindruckte mich der Film „Ehe im Schatten.“ Als wir beispielsweise in der Schule „Nathan der Weise“ oder Heines Gedichte und Reiseberichte lasen, fanden meine Lehrer immer eine inhaltliche Verbindung zwischen der deutschen Literatur einerseits und dem Völkermord an den Juden. Tief betroffen gemacht hat mich die bewegende Ballade des kommunistischen Dichters Johannes R. Becher „Kinderschuhe aus Lublin“, dessen letzte Strophe ich bis heute erinnere:

- „Der Kindermord ist klar erwiesen.
- Die Zeugen all bekunden ihn.
- Und nie vergess ich unter diesen
- die Kinderschuhe aus Lublin“.

Was wir damals über die Leiden der Juden und die Verbrechen der Nazis an ihnen in diesem deutschen KZ auf polnischen Boden erfuhren, habe ich trotz jahrelanger Beschäftigung mit dem Thema bisher in keinem Lehrplan bundesdeutscher Schulen finden können.

Man brauchte in der DDR wirklich nicht zu irgendwelcher Untergrundliteratur greifen oder in kirchliche Gruppen gehen, um sich über den Massenmord an den Juden zu informieren.

Mit Begeisterung habe ich als Jugendlicher das „Tagebuch der Anne Frank“⁷ gelesen. Jahre später empfing ich als Stellvertreter des DDR-Staatsratsvorsitzenden am 19. September 1989 in Berlin Miep Gies, die letzte Überlebende aus dem Umkreis von Anne Frank. Sie hat das Tagebuch Anne Franks der Nachwelt bewahrt. Sie schenkte mir ihr eigenes, in der DDR in hoher Auflage herausgegebenes Buch „Meine Zeit mit Anne Frank“, mit den Worten: Anne wäre stolz, wie in der DDR ihr Erbe behütet wird.

Miep Gies würdigte auch, dass der Kinderbuchverlag der FDJ das Tagebuch von Anne Frank in mehreren Auflagen herausgab.

Zusätzlich erschien es in der Tageszeitung „Junge Welt“ mit einer Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren.

⁷ Jüdisches Mädchen. Emigrierte 1933 mit ihren Eltern von Deutschland nach Amsterdam. Schrieb dort, vor den deutschen Faschisten versteckt, ein erschütterndes Tagebuch, das nach Kriegsende entdeckt und veröffentlicht wurde. Es erreichte in der DDR eine Millionenaufgabe.

Als ich 1976 ins Politbüro kam, war ein Jude mein Sitzungsnachbar: Herrmann Axen⁸. An warmen Sommertagen trug er ein kurzarmiges weißes Polohemd. Dann konnte ich seine ihm von der SS eingebrannte Häftlingsnummer erkennen: 58787 war sie. Sie erinnert mich noch heute an seine Leidenszeit in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald. Zu meinen Mitstreitern im Politbüro gehörte auch Albert Norden⁹, Sohn eines im KZ Theresienstadt ermordeten Oberrabbiners. Leute wie sie und ihre Gefährten hätten Antisemitismus in der DDR nicht zugelassen. Juden und Nichtjuden lebten nach meiner Wahrnehmung in der DDR im Wesentlichen in Eintracht, was nicht ausschließt, dass es im Detail auch Ausnahmen gab.

Dass aber das deutsche Staatsoberhaupt keine seiner Gedenkreden auslässt, um wider besseres Wissen den Antifaschismus in der DDR zu diskreditieren, lässt mich nach dem Warum fragen? Die Antwort finde ich in einer Rede, die Bundesjustizminister Kinkel schon 1991

⁸ Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, kommunistischer Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, von 1940 bis zur Befreiung 1945 Häftling in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald.

⁹ Albert Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Mitglied der KPD seit 1920, Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, 1939 interniert in Frankreich, Hauptautor des 1965 in der DDR veröffentlichten „Braunbuchs über Nazi- und Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik“.

vor bundesdeutschen Richtern und Staatsanwälten gehalten hat und die seit fast 25 Jahren von den Herrschenden des Landes in allen Variationen abgearbeitet wird. Er sagte ja nicht nur: "Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren". Nein, er begründete auch warum? Das SED-Regime habe, so behauptete er, „seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet ---, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich war wie das faschistische Deutschland."

Übersehen wir großzügig diese Indoktrination und wenden uns der Gegenwart zu:

Wäre es für den Bundespräsidenten nicht geraten, zu schauen, wie denn die Themen, die er an der DDR kritisiert, gegenwärtig in bundesdeutschen Schulen behandelt werden? Da erzählte mir jemand, er habe in einer Abiturklasse die Frage gestellt, was denn der Kalte Krieg gewesen sei? Und die Antwort sei gewesen: Der sei im kalten Winter geführt worden. So etwas lässt doch nur den Schluss zu, dass

man vor lauter Kritik an der DDR einen miserablen Geschichtsunterricht duldet.

Welche politischen Wirkungen solche Politik hat, zeigt eine Umfrage, die zum 65. Jahrestag der Befreiung die Illustrierten „Stern“ erhob:

„Knapp die Hälfte der Bundesbürger (45 Prozent) konnte die Frage nicht beantworten, was am 8. Mai 1945 in Deutschland geschah.

Besonders groß ist die Unwissenheit unter den Jüngeren: Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der 18- bis 29-Jährigen wussten nicht, dass die Wehrmacht an dem Tag bedingungslos kapitulierte und somit der Zweite Weltkrieg in Europa beendet wurde. Besser informiert sind die Älteren (hier wussten es nur 35 Prozent nicht) und über alle

Altersklassen hinweg die Ostdeutschen (nur 28 Prozent falsche Antwort). Schlecht informiert sind die Deutschen auch über die Zahl der Opfer auf sowjetischer Seite. Nur 18 Prozent konnten richtig angeben, dass im Zweiten Weltkrieg weit mehr als 20 Millionen sowjetische Soldaten und Zivilisten getötet wurden“.

Ist es nicht geradezu eine Dreistigkeit, wenn Funktionsträger dieses Staates die Lehrer nicht etwa dazu auffordern, mehr zu tun, um

Wissen über die düsterste Zeit deutscher Geschichte zu vermitteln, sondern sie dafür kritisieren, dass die Schüler nicht genügend von der „SED-Diktatur“ wissen?

Doch noch einmal zurück zu dem historischen Text von 1945:

Gibt es einen westdeutschen oder gesamtdeutschen Text einer Partei oder einer Institution, in dem die deutsche Schuld so klar analysiert wurde, in dem die gesellschaftlichen Ursachen der Katastrophe benannt und auch Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen wurden? Ich kenne des Gleichen nicht!

Mir ist aber aufgefallen, dass in der Rede des Bundespräsidenten zum Jahrestag von Auschwitz nicht einmal der Name „IG-Farben“ gefallen ist, die an dem Massenmord in Auschwitz verdient haben.

Und aufgefallen ist mir auch, dass er sehr oft das Wort „Nationalsozialismus“ benutzt, also jenen Begriff, mit dem sich die Nazis selbst titulierte.

In der DDR Schule hat er das nicht gelernt. Da sprachen wir vom deutschen oder Hitler-Faschismus. Und auch international nannten

sich die Gegner Hitlers Antifaschisten. Auffällig ist mir ferner, dass er bei seiner Sprachgewaltigkeit, die ihm eigen ist, immer den zweiten Teil dieses Begriffs besonders betont. Offensichtlich soll immer wieder die Grundhaltung suggeriert werden, ob **Real-** oder **National**sozialismus, beides gehört zusammen. Dabei war der „Nationalsozialismus“ weder national noch sozialistisch. Er war einmalig verbrecherisch und mit nichts auf der Welt vergleichbar, schon gar nicht mit der DDR.

Der Bundespräsident hat offensichtlich andere Literatur bevorzugt als aus der DDR. In einer seiner jüngsten Gedenkreden bekannte er:

„Als ich aufwuchs, gab es in unserem Haushalt noch die sogenannte patriotische Literatur über deutsche Kriegshelden, die Seekriegsflotte, U-Boot-Helden oder die berühmten Jagdflieger.“

Der Bundespräsident ist Jahrgang 1940. Kaum anzunehmen, dass er schon als 5-Jähriger von dieser Literatur wusste. Eher wahrscheinlich, dass er damit auch später Umgang hatte. In meinem zu Hause jedenfalls gab es solche Literatur nicht. In der Schule schon gar nicht. In der DDR war sie nämlich von Anfang an verboten. Ich wäre auch

als Kind nicht auf die Idee gekommen, von „deutschen Kriegs- und U-Boot- Helden und „berühmten Jagdflieger(n) “ zu sprechen und diese Literatur auch noch „patriotisch“ zu nennen.

Das hängt mit meiner antifaschistischen Erziehung in der DDR zusammen, die ich solange mir das möglich ist, verteidigen werde.

Das bin ich auch meinem russischen Freund schuldig, dessen Meinung zum 70. Jahrestag des Sieges ich zu Beginn meiner Rede zitierte.